

Wir fordern: Kündigungen bei „Madsack 2018“ ausschließen!

Der Konzernbetriebsrat (KBR) ist bei der Umsetzung von „Madsack 2018“ der Verhandlungspartner der Konzerngeschäftsführung. Das hat der geschäftsführende Ausschuss (KBA) des KBR in seiner jüngsten Sitzung festgestellt. Da von den Plänen alle 18 Zeitungen des Konzerns betroffen sein werden, ist der KBR nach Ansicht des KBA gemäß Paragraph 111 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) das gesetzlich zuständige Gremium für Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite. Diese sollen in einer Sondersitzung des KBR am Donnerstag, 7. November, vorbereitet werden.

Es sollen nach Angaben von Konzernchef Thomas Düffert acht Prozent der Gesamtkosten also etwa 44 Millionen Euro eingespart werden, so dass das Ergebnis vor Steuern und Zinsen in der heutigen Nähe liegt. Viele Bereiche sollen zentralisiert werden. Dazu gehört die Zentralredaktion am Standort Hannover ebenso wie der Logistikbereich. Die Druckereien, die am Ende des Prozesses übrig bleiben, sollen ebenfalls zentral gesteuert werden.

Der KBA hat in seiner Sitzung erste Ziele für die Verhandlungen formuliert:

1. Keine betriebsbedingten Kündigungen!
2. Alle Maßnahmen müssen sozialverträglich umgesetzt werden!
3. Keine Abqualifizierungen!
4. Keine tariffreien Zonen!

Das ist der aktuelle Stand der Kenntnisse:

Zentralredaktion: In den 18 Zeitungen kümmern sich derzeit rund 150 Redakteure um die Mantelberichterstattung. Die überregionale Berichterstattung soll in der Zentralredaktion in Hannover zusammengeführt werden. Von Niedersachsen aus werden in Zukunft alle Titel mit fertigen Seiten bedient. Über die personelle Stärke der Zentralredaktion gibt es lediglich Mutmaßungen, eine präzise Aussage der Konzernspitze fehlt. Klar ist, dass es keine 150 Redakteure sein werden.

Druckereien: Für den Standort Marburg ist die Schließung der Druckerei für 2017 bereits angekündigt worden. Über die Zukunft der Druckereien in Hannover, Peine und Göttingen will die Konzernspitze im Frühjahr 2014 informieren. Bei der Erneuerung der Drucktechnik werden ausdrücklich alle Optionen bis zum Lohndruck und zur Gemeinschaftsdruckerei in Erwägung gezogen. Auch zu diesem Thema fehlen derzeit

belastbare Zahlen von der Arbeitgeberseite. Der KBA rechnet ebenfalls mit einem massiven Arbeitsplatzabbau.

Nach Ansicht des KBA sollen in allen Bereichen des Konzerns kostengünstigere Strukturen aufgebaut werden. Hunderte Arbeitsverhältnisse könnten betroffen sein. Dabei wird der Ausstieg aus der Tarifbindung an Dynamik gewinnen.

Die Betriebsräte haben in der Sitzung deutlich gemacht, dass die Unterstützung aller Beschäftigten nötig ist, um die Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite zu einem akzeptablen Ergebnis zu bringen. Deshalb fordert der KBA alle Mitarbeiter nachdrücklich auf, für ein sozialverträgliches „Madsack 2018“ Flagge zu zeigen. Versuche der Führungskräfte, in Einzelgesprächen mit Beschäftigten, die Belegschaft bereits jetzt zu spalten, verurteilten die Betriebsräte. Sie erteilten zudem Überlegungen eine Absage, die umfangreichen betrieblichen Veränderungen allein auf der Ebene der örtlich zuständigen Einzelbetriebsräte regeln zu wollen. Sollte die Geschäftsleitung diese Herangehensweise verfolgen, dann sei das Zeichen dafür, dass eine Konzernstrategie gegen die Beschäftigten und ihre gewählten Vertreterinnen durchgesetzt werden solle. Dasselbe gelte, wenn die Konzernleitung versuchen sollte, Informationen zu ihrer Strategie gegenüber dem Konzernbetriebsrat zurückzuhalten.

In diesem Zusammenhang begrüßten die Mitglieder des Konzernbetriebsausschusses, dass im Konzern derzeit die Gewerkschaftsmitglieder des Hannoveraner Callcenters KSC, der Redaktion der Oberhessischen Presse in Marburg und der Druckerei in Potsdam die Forderung nach Abschluss von Haustarifverträgen erhoben haben und diese Forderung mit zum Teil sehr langandauernden Arbeitskämpfen unterstreichen, nachdem sich in allen Fällen die örtlichen Geschäftsführungen unter Verweis auf die Konzernvorgaben weigerten, Tarifverhandlungen aufzunehmen. Verurteilt von den Betriebsräten wurde gleichzeitig das Vorgehen einzelner Geschäftsleitungen und Vorgesetzter, die gegenüber den Belegschaften massive Drohungen aussprechen und Ängste der Beschäftigten schürten.

In Betriebsversammlungen soll in den nächsten Wochen die Position des Konzernbetriebsrates näher erläutert und mit Vertretern der Konzernführung und der Geschäftsleitungen diskutiert werden.